

X. Beiträge unserer Mitglieder

Die Zukunft der Politikwissenschaft an Deutschlands Universitäten

Cord Arendes / Hubertus Buchstein

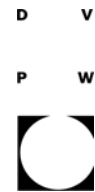
In den letzten Wochen fanden sich in den Zeitungen auffallend viele Meldungen über die Politikwissenschaft an deutschen Universitäten. In einer Reihe von Artikeln wurde eine geradezu alarmierende Intonation angestoßen: In München fürchtet man die Schließung bzw. Verkleinerung und Verlegung des Geschwister-Scholl-Instituts, in Heidelberg können zum Sommersemester 2004 wegen Überlastung der Lehrkräfte keine Studienanfänger mehr angenommen werden, Großstandorte des Faches wie Hamburg und Hannover stehen mitten in oder kurz vor grundlegenden Umstrukturierungen und am bereits arg dezimierten Otto-Suhr-Institut der FU Berlin droht eine neuerliche Verringerung der Planstellen. Liest man nur diese Artikel, so konnte man schnell den Eindruck gewinnen, dass das Fach flächendeckend vor einem personellen und institutionellen Abbau stehe. Andererseits konnten wir der Presse auch vor Optimismus geradezu strotzende Meldungen über die Neugründung privater ‚Schools of Governance‘ in Berlin durch die Hertie-Stiftung oder unter dem gemeinsamen Dach der Humboldt-Universität und der Frankfurter Viadrina entnehmen.

Wie sind derartige Botschaften für die Zukunft des Faches einzuschätzen? Steht die Disziplin wirklich vor einem gravierenden Ab- und Umbau? Oder kann die über fünfzigjährige universitäre Erfolgsgeschichte der Politikwissenschaft fortgeschrieben werden? Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Fragen beginnt man am besten mit einer nüchternen Bestandsaufnahme des heutigen Status quo der Politikwissenschaft in der bundesdeutschen Universitätslandschaft. Denn erst vor diesem Hintergrund lassen sich die Folgen, welche die derzeitige Hochschulreformpolitik für das Fach bringen wird, deutlicher abschätzen. Das Bild, das sich unseres Erachtens dann bietet, gibt allerdings wenig Anlass zur Beruhigung. Denn die Gleichzeitigkeit von

- strukturellen Defiziten des Faches, besonders bezüglich seiner Altersstruktur,
 - der umfassenden Einführung neuer Studiengänge und Studienabschlüsse und
 - allgemeiner wissenschaftspolitischer Sparmaßnahmen
- nimmt das Fach in eine Art Zangengriff, der die Politikwissenschaft als eigenständige Universitätsdisziplin im Kern bedroht.



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

Der Status quo: Erfolge und Misserfolge der Politikwissenschaft

Betrachtet man die institutionelle Verbreitung der Politikwissenschaft sowie ihre Personalstärke, so ist auf den ersten Blick von einer erfolgreichen und ‚normalen‘ Universitätsdisziplin zu sprechen:

- **Kopfstärke und Verbreitung:** Im fünfzigjährigen Jubiläumsjahr 1999 war das Fach mit 354 amtierenden Professoren/-innen nicht mehr zu den ‚kleinen‘ Disziplinen in der deutschen Hochschullandschaft zu rechnen. Die Zahl der Professoren/-innen war seit der Gründung des Faches bis Ende der 1990er Jahre ständig angestiegen. Die Politikwissenschaft ist heute als Studienfach an 78 Universitäten und somit fast flächendeckend präsent. Angesichts der Verteilung der Hochschulstandorte, an denen das Fach durch ein eigenes Institut, einen selbstständigen Fachbereich oder im Verbund mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen vertreten ist, kann guten Gewissens von einer ‚Vollversorgung‘ der Studierenden gesprochen werden.
- **Interne Ausdifferenzierung:** Wie sehr sich auch auf Ebene der staatlichen Hochschulpolitik die fachintern veranschlagten drei bis vier Kernprofessuren als Maßstab etabliert haben, wurde bei der Neugründung des Faches an den Universitäten in den ostdeutschen Bundesländern deutlich, wo es innerhalb nur sehr weniger Jahre gelang, an fast allen Standorten für ein Vollangebot in den Kernbereichen zu sorgen.
- **Ausbildungsfunktion:** Der Zuspruch zur Disziplin ist bereits über einen langen Zeitraum unverändert im Steigen begriffen und liegt derzeit bei über 25.000 Studierenden im Hauptfach und nochmals der gleichen Zahl im Nebenfach, womit etwa zwei Prozent der Studenten/-innen in Deutschland das Fach belegen. Die Politikwissenschaft ist aktuell so stark nachgefragt, dass alle Magisterhauptfach- und Diplomstudiengänge (bis auf drei oder vier Ausnahmen) mit einem Numerus clausus belegt sind.
- **Externe Repräsentation:** Wichtige Elemente der Außendarstellung wie ein professioneller Fachverband und eine Vielzahl auch über die Fachgrenzen hinaus bekannter Veröffentlichungsorgane sind fest institutionalisiert.
- **Positive Schlagzeilen:** Zu den von allen Fachvertretern besonders gern gehörten Neuigkeiten zählt, dass die deutsche Politikwissenschaft in den Medien als ein professionelles und auf einem relativ hohen Forschungsniveau konsolidiertes Universitätsfach wahrgenommen wird. Selbst die FAZ, die jahrzehntelang die notorischen Kritiker des Faches zu Worte kommen ließ, bescheinigt der Politikwissenschaft eifrig, mit „der Zeit gegangen“ zu sein und eine „kleine Erfolgsgeschichte“ durchlaufen zu haben (vgl. Busse 2003).

Bei aller Befriedigung über diese Entwicklung lassen sich aber auch einige strukturelle Schwachpunkte erkennen:

- Etablierung der Politikwissenschaft in den Bereichen Staat und Verwaltung: Mit Blick auf berufliche Strukturen, die mit den im Wissenschaftssystem verankerten disziplinären Strukturen möglichst korrespondieren sollten, hat die Disziplin zwar deutliche Fortschritte vorzuweisen, es ist aber immer noch nicht gelungen, die eigenen Rollenkategorien auch außerhalb des eng abgesteckten Feldes ‚Politikwissenschaft‘ verbindlich durchzusetzen. Hier sei nochmals auf das so genannte Juristenmonopol verwiesen, welches einen ‚offiziellen‘ Einstieg von ausgebildeten Politikwissenschaftlern in die höhere Verwaltung in nur sehr begrenztem Maße erlaubt. Aufgrund dieser nur schwach ausgeprägten ökonomischen Nachfrage gehen auch keine rückwirkenden Stabilisierungseffekte von Wirtschaft und Verwaltung auf das Fach aus.
- Vernetzung wissenschaftlicher Disziplinen mit entsprechenden Lerninhalten an Schulen: Ein Schulfach ‚Politische Bildung‘ konnte beispielsweise gegenüber dem Fach Geschichte nicht bundesweit durchgesetzt werden – die einzelnen Bundesländer weisen bezüglich der Verankerung der Sozialkunde o.Ä. nicht nur dem Namen nach, sondern auch im Umfang und hinsichtlich der Lerninhalte deutliche Unterschiede auf. Erst wenn man den Faktor ‚Bereitstellung‘ von ausgebildeten oder zumindest ‚weitergebildeten‘ Lehrern betrachtet, steht die Politikwissenschaft besser da. Die heute insgesamt mangelnde Anerkennung der ‚Politischen Bildung‘ als Teil- oder Subdisziplin des Faches (bzw. ihre gänzliche Separierung) *und* im Rahmen der Schulausbildung verweist auf deutliche Defizite (vgl. auch Initiative Politische Bildung 1995).

Nimmt man in einer Gesamtbilanz das Vorhanden- oder Nichtvorhandensein von ausgeprägten Verbindungen der Wissenschaft zu Wirtschaft, Staat oder Schule – hergestellt über Berufsrollen oder ähnliche Verknüpfungstypen – als Maßstab für die Bedeutung wissenschaftlicher Disziplinen, dann kann das Fach nach diesen Kriterien trotz seines weit gespannten institutionellen Netzes, der großen Kopfstärke und einigen in den Medien stark präsenten Fachvertretern in seiner praktischen Bedeutung bzw. in der öffentlichen Wahrnehmung allenfalls zu den mittleren Disziplinen gezählt werden. Die bundesdeutsche Politikwissenschaft wird trotz ihrer Erfolge in den letzten 50 Jahren auch in den zukünftigen inneruniversitären Verteilungskämpfen in einem stärkeren Maße als andere Fächer darauf angewiesen bleiben, ihr Fähnlein in den Wind der neueren Trends auf dem Bildungsmarkt zu hängen.



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

Die Altersstruktur des Faches als entscheidendes Problem

Diese Feststellung leitet zu einem bislang noch nicht erwähnten Aspekt über, ohne den jede Bilanzierung unvollständig wäre: die Altersstruktur des Faches auf der professoralen Ebene. Ein Vergleich entsprechender Zahlen aus den letzten vier Dekaden zeigt, wie überaltert das Fach derzeit ist:

Tabelle 1: Altersstruktur des Faches Politikwissenschaft von 1959 bis 1999 (aktive Professoren/-innen)

	1959	1969	1979	1989	1999
Altersminimum	37	34	32	39	33
Altersdurchschnitt	54,4	45,2	45,6	52,6	55,2

Alter	1959		1969		1979		1989		1999	
	total	in %	total	in %	total	in %	total	in %	total	in %
<i>unter 45 Jahre</i>	3	14,3	44	54,3	125	46,7	18	5,8	41	11,6
<i>45 bis 54 Jahre</i>	4	19,0	18	22,2	110	41,0	180	57,5	86	24,3
<i>55 bis 65 Jahre</i>	14	66,7	19	23,5	33	12,3	115	36,7	227	64,1
Kopfstärke	21	100,0	81	100,0	268	100,0	313	100,0	354	100,0

Quelle: eigene Recherchen (= Greifswalder Datensatz Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99); vgl. auch Arendes/Buchstein (2004)

Das Durchschnittsalter der Inhaber/-innen von Professuren lag schon vor 5 Jahren bei knapp über 55 Jahren und damit noch über dem Wert für die Zeitperiode der so genannten Gründergeneration; dabei wird diese Gruppe gemeinhin als die große Ausnahme innerhalb der Professorenschaft des Faches angesehen, weil ihre Angehörigen den Ruf oft ohne eine eigentliche politikwissenschaftliche Ausbildung und zum Teil nach der Rückkehr aus der Emigration und in einem bereits fortgeschrittenen Alter erhalten haben. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der unter 45 Jahre alten Professoren/-innen im Jahr 1999 lediglich 11,6 Prozent betrug, der Anteil der zwischen 55- bis 65-Jährigen dagegen bei fast zwei Dritteln lag. Da die Zahl der Stellenbesetzungen seit 1999 zurückgegangen ist, hat sich dieser Trend bis heute noch weiter verstärkt. Die Brisanz, die dieser Befund birgt, zeigt sich im Vergleich mit Angaben des Statistischen Bundesamtes, nach denen im Jahr 1999 insgesamt nur 56 Prozent aller Professoren/-innen in

Deutschland 55 Jahre oder älter waren (vgl. Wirth 2001:480). Bei den Historikern werden bis 2009 beispielsweise lediglich knapp die Hälfte der Professuren frei werden (vgl. Lincke/Paletschek 2003). Insofern ist es nicht übertrieben, die deutsche Politikwissenschaft sogar als *stark überaltert* zu bezeichnen.

Die direkten Folgen der ‚Vergreisung‘ lassen nicht lange auf sich warten, sondern sind bereits erkennbar, denn die Kopfstärke des Faches beginnt seit Kurzem als Folge fehlender Neubesetzungen zu sinken. Zufälligerweise (besser: unglücklicherweise) fällt der entscheidende Umbruch in der Personalstruktur der Politikwissenschaft – zwischen 1999 und 2009 gehen, wie aus den genannten Zahlen folgt, fast zwei Drittel der Professoren/-innen offiziell in den Ruhestand – in einen äußerst ungünstigen Zeitraum für Neubesetzungen, weil zeitgleich generelle Umbrüche in der Wissenschaftslandschaft und in der Grundstruktur der Universitäten auf der hochschulpolitischen Agenda stehen.

Nimmt man die Geburtsjahrgänge der 1999 Lehrenden 354 Professoren/-innen zum rechnerischen Ausgangspunkt, dann ergibt sich (unter der Voraussetzung, dass alle Amtsinhaber ihren Dienst bis zum 65 Lebensjahr versehen) für die Jahre 1999 – 2009 folgende Projektion frei werdender Professuren im Fach:

Table 2: Frei werdende Professuren im Fach Politikwissenschaft von 1999 bis 2009 (Altersgrenze bei Emeritierung = 65 Jahre)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl	28	19	14	25	17	18

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	gesamt
Anzahl	19	32	19	15	21	227

Quelle: eigene Recherchen (= Greifswalder Datensatz Politikwissenschaft in Deutschland 1949-99)

Die spezifische Altersstruktur des Faches lässt sich ohne große Umstände mit der massiven Expansion in den späten 1960er und den gesamten 1970er Jahren erklären. Der im Zuge der damaligen Modernisierung und Professionalisierung erfolgte Generationenwechsel hatte zu einer umfassenden ‚Verjüngung‘ des Faches geführt. Weil daher über Jahre hinweg vergleichsweise wenige Vakanzen aus Altersgründen verzeichnet werden konnten, bildet der damalige Trend gleichzeitig die Basis der aktuellen Fehlentwicklung. Die Altersstruktur des Faches hat sich also nicht kontinuierlich herausgebildet, sondern ist durch eine einmalige Ausnahmesituation

zustande gekommen. In der jetzigen Situation hilft eine solche Erklärung aber nicht sehr viel weiter.

Übrigens konnte auch die zweite Einstellungswelle an den ostdeutschen Universitäten in den 1990er Jahren dieses Defizit nur bedingt ausgleichen. Denn zum einen war die Anzahl der Stellen insgesamt zu gering für eine generelle Trendwende, zum anderen waren die neuen Inhaber/-innen der Professuren ihrerseits relativ alt: Der Altersschnitt bei Erst- und Wiederbesetzungen lag zwischen 1989 und 1999 in den alten Bundesländern bei 45,3 Jahren, in den neuen Bundesländern sogar bei 46,6 Jahren. Die aktuellen Ereignisse am GSI in München (mindestens 5 der 8 planmäßigen Professuren sind vakant bzw. auf der Streichliste) beinhalten so gesehen auch eine Lektion für die Kollegen in Ostdeutschland: Die prekäre Rückseite der Medaille ‚institutionelle Ausdehnung der Politikwissenschaft‘ wird bei ihnen an einigen Standorten schon in wenigen Jahren eine mit der heutigen Münchener Situation vergleichbare Lage bringen. Konkret droht der Politikwissenschaft in den nahezu bankrotten neuen Bundesländern in einigen Jahren eine mehrjährige Personallücke und somit Streichungen, weil (erneut) zu viele Professoren/-innen innerhalb eines zu kurzen Zeitraumes in Rente gehen – auch die Einführung der Juniorprofessuren wird nicht in der Lage sein, diesem Trend entgegenzuwirken, denn es ist nicht absehbar, dass sie gemäß der momentan gültigen wissenschaftspolitischen Vorgaben wirklich in reguläre Professuren überführt werden.

Transdisziplinäre Studiengänge und die Zukunft des Faches als eigenständige Disziplin

Versteht man einen Generationenwechsel zuallererst als wichtigen Katalysator für Veränderungen im Rahmen der Wissenschaft (vgl. Bönker 2002:61), so geraten wissenschaftliche Disziplinen in Schwierigkeiten, wenn dieser Generationenwechsel ausbleibt (etwa aufgrund von Stilleinsparungen) oder wenn seine katalysatorischen Effekte im Rahmen des Hochschulumbaus verpuffen. Es ist bereits abzusehen, dass der personelle Aderlass mittel- und längerfristige Folgen für die Politikwissenschaft inklusive der Fachverlage, Fachzeitschriften sowie der Fachvereinigung, der DVPW, haben wird. Welche Professuren können in den kommenden haushaltspolitischen Auseinandersetzungen neu besetzt werden? Werden es traditionell politikwissenschaftliche Stellen sein oder wird sich das Fach im Zuge der begonnenen Reform von Studiengängen auseinander entwickeln? Welche Konsequenzen haben veränderte Ausschreibungen für das soziale und kognitive Profil des Faches?



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

Eine entscheidende Rolle für den zukünftigen Status der Politikwissenschaft an deutschen Universitäten wird den Studiengängen zukommen. Im Zuge des in Bologna im Jahr 1999 beschlossenen Prozesses einer Europäisierung der Universitätslandschaft soll auch in Deutschland in absehbarer Zukunft, d.h. in den nächsten 5 bis 10 Jahren, eine Vielzahl neuer B.A.- und M.A.-Studiengänge unter Mitwirkung der Politikwissenschaft entstehen. Vielen Beteiligten ist völlig unklar, was diese Entwicklung für das Fach bedeuten wird. Lassen die neuen Studiengänge das Fach Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin unangetastet und orientieren sie sich an den Vorschlägen der DVPW (vgl. DVPW 2001, 2003)? Und für die Fälle, in denen dies nicht gelingt oder von einigen Fachkollegen auch gar nicht gewollt wird: *Wie* und vor allem *wo* muss das Fach unter dem Erwartungsdruck zunehmender Transdisziplinarität dann verortet werden? Absehbar ist im Moment nur, dass es auch in der Politikwissenschaft – diesmal unter dem Siegel ‚Profilbildung‘ – zu einer weiteren Spezialisierung kommen wird. Weniger absehbar ist, wie die Zukunft der traditionellen Teilbereiche/-disziplinen im Fach aussehen wird.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Planungen an verschiedenen Instituten könnte ein mögliches Szenario folgendermaßen aussehen:

- Der Teilbereich ‚Internationale Beziehungen‘ folgt dem europäischen und internationalen Trend und spaltet sich (zusammen mit wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fächerteilen) weiter von der Politikwissenschaft ab.
- Die Teilbereiche ‚Innenpolitik‘ bzw. ‚Politisches System‘ und ‚Vergleichende Politikwissenschaft‘ verschmelzen zu einem neuen disziplinären Kernbereich mit einer sozialwissenschaftlichen Identität, in den je nach spezifischer Ausrichtung der entsprechenden Universität auch verwaltungs-, kommunikationswissenschaftliche und soziologische Elemente integriert werden (können).
- Für den Teilbereich ‚Politische Theorie‘ sind zwei parallele Entwicklungen denkbar: Mehrheitlich entsteht ein Teilbereich, der euphemistisch als ‚Empirische Theorien‘ bezeichnet wird, und welcher von den Kollegen in den Teilbereichen praktischerweise gleich mit abgedeckt wird. Die übrigen einzelnen Professuren werden zu Zubringern für den neuen Kern ‚Innenpolitik/Vergleich‘ oder die ‚Internationale Politik‘, bis sie schließlich nach Abschluss des Generationenwechsels als eigenständiger Bereich entfallen können oder in Methodenlehrstühle umgewandelt werden. Gleichzeitig werden ‚Ideengeschichte‘ und ‚Normative Theorie‘ zur Profilbildung eingesetzt, d.h. an zwei oder drei ausgewählten Universitäten entstehen – vielleicht in Zusammenarbeit mit der Philoso-



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

phie – eigenständige B.A.- und M.A.-Studiengänge ‚Politische Theorie/Philosophie‘.

- Die an den größeren politikwissenschaftlichen Instituten heute noch vorhandenen Teilbereiche ‚Zeitgeschichte‘, ‚Politische Wirtschaftslehre‘, ‚Politische Soziologie‘ oder ‚Politik und Recht‘ verlieren ihren Status und werden kurz- bis mittelfristig von ihren ehemaligen Stammfächern aufgesogen.
- Die Bereiche ‚Didaktik‘ bzw. ‚Politische Bildung‘ werden in absehbarer Zeit von der Bildfläche verschwinden und gegebenenfalls durch private Träger ersetzt. An einigen Standorten wird die Politische Bildung schon jetzt eingestellt (vgl. Ebel-Gabriel 2002).

Sollte dieses Szenario eintreten, dann kann und werden die auf ganz unterschiedliche Studiengänge aufgeteilten Fachbestandteile den Namen Politikwissenschaft zukünftig nicht einmal mehr als normierende Klammer verwenden müssen.

Man mag solche Überlegungen als ungerechtfertigt, übereilt oder übertrieben abtun. Einige Entwicklungen aus den letzten Jahren weisen aber deutlich in diese Richtung:

- Profilbildung und disziplinübergreifende Studieninhalte: An mehreren Universitäten findet derzeit eine Verknüpfung verschiedener Disziplinen zu sozial- oder geisteswissenschaftlichen Zentren statt. Für die Politikwissenschaft geht der Trend dabei zu einer Zusammenlegung mit der Soziologie und zusätzlichen kleineren Fächern zu großen und vermeintlich schlagkräftigeren sozialwissenschaftlichen Fachbereichen oder Fakultäten. Die traditionelle Verbindung der Politikwissenschaft mit den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften unter dem Siegel der Staatswissenschaften wird nur in wenigen Fällen favorisiert (z.B. in Erfurt: B.A. ‚Staatswissenschaft‘ und M.A. ‚Public Policy‘).
- Etablierung neuer Studienabschlüsse: Im Rahmen der ‚Bologna-Erklärung‘ der europäischen Wissenschaftsminister aus dem Jahr 1999 wird davon ausgegangen, dass die neuen Studienabschlüsse B.A. und M.A. die traditionellen Abschlüsse wie Diplom und Magister innerhalb nur eines Jahrzehnts ersetzt haben. Als ein Hauptziel wurde in diesem Zusammenhang eine staatenübergreifende Zweiteilung des Studiums in direkt aufeinander folgende Studiengänge für ‚Undergraduates‘ (formaler Abschluss B.A.) und der ‚Graduates‘ (formaler Abschluss M.A.) formuliert. Durch die neuen Studienabschlüsse erhofft man sich eine Anpassung an internationale Standards bzw. eine Lösung internationaler Kompatibilitätsprobleme (Vergabe von Leistungspunkten nach einem gemeinsamen europäischen Kreditpunktesystem, englischsprachige Lehrveranstaltungen), eine deutliche Beschleunigung des Studiums

(Einführung neuer Semesterstrukturen, Studienmodule) eine drastische Verringerung der Zahl der Studienabbrüche (studienbegleitende Prüfungen, veränderte Prüfungskonzepte) und eine bessere und frühere Vorbereitung der Absolventen auf das Arbeitsleben (Erhöhung der Praxisbezüge des Studiums). Auch im Rahmen der Lehrerbildung stehen seit kurzer Zeit an einigen ‚Reformuniversitäten‘ (Bochum, Erfurt und Greifswald) neue Abschlüsse als Alternative zum bisherigen Staatsexamen zur Auswahl (konsekutive Lehrerbildung). Die neuen M.A.-Studiengänge decken nicht mehr das ganze Fach ab, sondern suchen entweder innerhalb der bestehenden Politikwissenschaft ein spezifisches Profil (Masterprogramme ‚Demokratiestudien‘, ‚Regieren im Mehrebenensystem in Europa‘, ‚Internationale Politik‘) oder werden transdisziplinär konzipiert (Masterprogramme ‚Green Politics‘, ‚Politische Kommunikation‘).

- Gründung privater (Spezial-)Universitäten: Auch im boomenden Bereich der Hochschulen in privater Trägerschaft stellt sich die Situation kaum anders dar. Am Ende des Jahres 2001 belief sich ihre Zahl zwar bereits auf deutschlandweit 16 Hochschulen, sie waren aber zum überwiegenden Teil nur auf Wirtschafts-, Kommunikations- und Ingenieurwissenschaften ausgerichtet. Von ihrem Konzept her kann die Hälfte als reine ‚Business and Management-Schools‘ bezeichnet werden. Der Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften ist hingegen bislang nur sporadisch vertreten (vgl. Harmsen 2002:18). Dort wo – wie bei der ‚International University‘ in Bremen oder den beiden Berliner Konkurrenzprojekten, der ‚Hertie School of Governance‘ und der ‚Humboldt Viadrina School of Governance‘ – neue politikwissenschaftliche Studiengänge begonnen wurden oder sich in Planung befinden, sind diese konsequent transdisziplinär und fachpartiell angelegt (z.B. ‚Internationale Organisationen‘, ‚Public Policy‘).

Die Selbstabschaffung der Politikwissenschaft

Inwieweit die vielen kursierenden Planungen in der Praxis auch umgesetzt werden können und ob sie zu den erwarteten Ergebnissen führen, ist zum jetzigen Zeitpunkt offen; gerade der Blick auf einige Details der beiden Berliner Projekte oder die finanzielle Situation an der IUB geben eher Anlass zu Skepsis. Für Häme von Seiten der Verfechter des bisherigen Status quo besteht dennoch nicht die geringste Veranlassung. Denn zum einen würden im Erfolgsfall der ‚Hertie School of Governance‘ alle Politikwissenschaftler von ihrem ambitionierten Ziel, der Durchbrechung des Juristenmonopols für höhere Positionen in Politik und Verwaltung, profitieren können. Zum anderen würde im Falle des Scheiterns ein Befund unser Bilan-

zierung nicht aus der Welt geschafft, der für die aktuelle Situation des Faches ausgesprochen brisant ist: die vergleichsweise extreme Überalterung der Politikwissenschaft gegenüber anderen Fächern. Alle Kenner hochschulpolitischer Entscheidungen wissen, dass frei werdende Stellen eine offene Flanke bieten, in die von Hochschulpolitikern, Wissenschaftsverwaltungen, Universitätsleitungen und den wertvollen Kollegen aus anderen Fächern mit Kürzungs- und Umwidmungsvorschlägen erbarmungslos hineingestoßen wird.

Die Zeichen dafür, dass der anstehende Generationenwechsel und die Hochschulreformen für das Fach als Konsolidierungs- oder gar Entwicklungschance genutzt werden können, stehen angesichts dieser Konstellation nicht allzu gut. Realistisch betrachtet, sind stattdessen eher folgende Entwicklungstrends zu erwarten:

- Aufgrund der durch weiteren finanziellen Druck notwendig gewordenen Einsparungen in allen die Universitäten betreffenden Bereichen wird es in den nächsten Jahren zu weiteren Schließungen bestehender Institute kommen. Dies geschieht vor allem in den Fällen, wo die Größe der Einheit eine Zusammenlegung mit anderen Fächern wenig sinnvoll erscheinen lässt oder mit Blick auf die Stadt oder Region angebliche ‚Überkapazitäten‘ und so genannte ‚Doppelangebote‘ existieren (selbst wenn die Studierendenzahlen eine ganz andere Sprache sprechen).
- Echte Neugründungen im Bereich der ehemaligen westdeutschen Politikwissenschaft sind nicht absehbar. Und nach der erfolgten flächendeckenden Etablierung des Faches an den ostdeutschen Universitäten sind auch dort Zusammenlegungen und Schließungen im Zuge von ‚Fakultätsbereinigungen‘ zu erwarten.
- Positive Auswirkungen können sich allein die ganz wenigen Institute in der Bundesrepublik versprechen, deren Professorenschaft über einen relativ jungen Altersdurchschnitt verfügt. Für sie bietet sich in den nächsten Jahren die Chance, gleichsam als ‚Schnellboote‘ an einigen der größeren Dampfer vorbeizuziehen, die in den nächsten Jahren hauptsächlich damit beschäftigt sein werden, ihre Crew zusammenzubekommen (die maritime Metaphorik deutet schon an, dass die erst seit 1999 regulär bestehende Greifswalder Politikwissenschaft zuweilen solch kühne Hoffnungen hegt).
- Die Grenzen der einzelnen Fächer werden in den nächsten Jahren zunehmend weiter verwischt werden. Auch vor der Politikwissenschaft macht dieser Trend nicht halt. Im Gegenteil: Einzelne Teilgebiete des Faches oder einzelne Arbeitsgebiete von Kollegen werden sich als ausgesprochen kompatibel für neue Schwerpunkte in der Lehre und Forschung erweisen. Inwieweit sich das Fach dabei gegen die starke Kon-



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

kurrenz der Nachbardisziplinen prägend durchsetzen kann, bleibt vorerst abzuwarten, denn in vielen Bereichen der Wirtschafts-, Geschichts- oder Rechtswissenschaft ist die Politikwissenschaft zwar ein ideales Ergänzungsfach bei breiter angelegten Studiengängen, liefert meist aber die kleineren Modulanteile. Eine starke Förderung von Transdisziplinarität wird das Fach aller Wahrscheinlichkeit nicht stärken, sondern in seiner bisherigen Identität auflösen.

- Und noch eine Veränderung lässt sich bereits jetzt in Umrissen erkennen: Gab es in den letzten 50 Jahren noch verschiedene Auf- und Abbewegungen im Bereich der Zuordnung der Politikwissenschaft zu einzelnen Fakultäten bzw. Fachbereichen, die aber kein klares Gesamtbild entstehen liessen, so wird in Zukunft ein einziger Trend die Entwicklung bestimmen: die Einordnung der Politikwissenschaft in größere sozialwissenschaftliche Zusammenhänge. Diese kann aber gleichzeitig auch eine nicht gewollte Reduzierung der Politikwissenschaft auf ein Teil- oder Ergänzungsfach unter dem Dach eines übergeordneten sozialwissenschaftlichen B.A.- oder M.A.-Studienganges zur Folge haben. Die stetige Zunahme des Anteils der Magisterabschlüsse im Fach Politikwissenschaft in den letzten 20 Jahren deutet bereits in diese Richtung. Leider fehlt es derzeit noch an genauen Daten bzw. fachübergreifenden Untersuchungen zur Entwicklung der neuen Studiengänge und zur Zahl der Studierenden, die diese Abschlüsse anstreben.
- Die Verkürzung der Studienzeiten, die Einführung zusätzlicher berufsqualifizierender Schwerpunkte und das Streben nach internationaler Vergleichbarkeit der Studienleistungen und -abschlüsse werden die Politikwissenschaft in der Zukunft nicht nur inhaltlich verändern. In der gesamten institutionellen Grundstruktur, d.h. auch in der Breite des Faches, werden auf Dauer einschneidende Veränderungen nicht zu vermeiden sein. Die geplante Zweiteilung des Studiums in Grundausbildung und wissenschaftliche Ausbildung erfordert eigentlich eine vom jetzigen Standpunkt aus völlig veränderte Personalstruktur. Die damit einhergehende Einbindung aller Kräfte in die Lehre wird zu einer Vernachlässigung der universitären Forschung führen. Und noch etwas kann passieren: An Universitäten, denen es nicht gelingt, attraktive Graduierten- oder gar Postgraduierten-Studiengänge zu etablieren, werden hoch bezahlte C4-Professoren bis zur Pensionierung Kurse auf College-Niveau halten müssen und ohne Aussicht bleiben, für ihre eigenen Forschungsinteressen geeignete Studierende rekrutieren zu können.

Was heißt dies alles in der Gesamtsicht? In dem Maße, in dem sich die Politikwissenschaft in einen transdisziplinären Rahmen einpassen muss, wird



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

ihre bisherige Fachidentität verwischt werden und die Bezeichnung ‚Politikwissenschaft‘ aus vielen Vorlesungsverzeichnissen zugunsten neuer Bezeichnungen verschwinden. Das in den 1980er Jahren etablierte Kern-Curriculum des Faches geht verloren und die dazugehörigen Professuren werden zur Verhandlungsmasse von Sparbeschlüssen und Umstrukturierungsmaßnahmen. In der langen Geschichte der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Phänomenen in Deutschland wäre die Auflösung der gegenwärtigen Politikwissenschaft übrigens kein Novum. Erinnert sei an die Politikwissenschaft als Staatswissenschaft bzw. ‚Policywissenschaft‘, die sich seit dem 16. Jahrhundert erst langsam in viele Teilbereiche aufgefächert hatte, um dann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Fach trotz verschiedener Reanimierungsversuche endgültig von der Bildfläche zu verschwinden (vgl. Bleek 2001, Kapitel 3-5). Die aufgelisteten Aspekte der aktuellen hochschulpolitischen Entwicklung lassen die Erwartung nicht abwegig erscheinen, dass der ‚Wissenschaft von der Politik‘ in den nächsten beiden Dekaden erneut das Schicksal der Auflösung in verschiedene neue disziplinäre Zusammenhänge bevorsteht. Gegen diese Prognose spräche allenfalls, dass sich die deutschen Fachvertreter gleichsam über den internationalen Umweg ‚re-disziplinieren‘, d.h. ihre Identität als Politikwissenschaftler in Deutschland durch ihre Bezüge zur anglo-amerikanischen ‚Political Science‘ erhalten. Angesichts des prekären Status der ‚Political Science‘ in England und anderen europäischen Ländern sowie angesichts der in vielfacher Hinsicht singulären Position der ‚Political Science‘ in den USA ist eine derartige Erwartung allerdings nicht sehr plausibel.

Inwieweit die prognostizierte Entwicklung zu begrüßen oder zu bedauern ist, soll hier dahingestellt bleiben; zum einen gibt es für wissenschaftliche Disziplinen bekanntlich keinen Artenschutz und zum anderen ergeben sich für viele Kolleginnen und Kollegen aus der absehbaren Entwicklung eine Reihe handfester Vorteile für die Forschung und die Lehre (und bei manchen mögen sicherlich auch die eigenen Karriereambitionen eine Rolle spielen, wenn sie sich als hochschulpolitische Modernisierer gerieren). Doch bei all diesen Vorteilen wird man sich nicht darüber hinweg täuschen lassen dürfen, dass nach den bisherigen Spielregeln die Zugehörigkeit zu einer anerkannten Disziplin und einem anerkannten Kanon an Teilgebieten auch immer eine gewisse Schutzfunktion hatte, die künftig wegfallen wird.

Was die prognostizierte Entwicklung in kognitiver Hinsicht bedeutet, ist schwer zu antizipieren. Die Annahme ist nicht unplausibel, dass durch die Auflösung der Disziplin wichtige kognitive Muster und Interaktionen verloren gehen können; denn häufig fungieren Fachdisziplinen als eine Art un-

geschriebenes ‚Gedächtnis‘ wissenschaftlichen Wissens. Diesen Verlust werden insbesondere solche Ansätze der Politikwissenschaft erfahren, die aus der aristotelischen Tradition kommen und die Politikwissenschaft als eine Art ‚Königswissenschaft‘ oder normativer ‚Orientierungswissenschaft‘ verstehen. Aus Sicht empirischer Ansätze könnte die disziplinäre Anamnese aber durchaus durch gewisse Spezialisierungsgewinne kompensiert werden. Unklar ist auch, was eine post-politologische Konstellation für den Bereich der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bedeutet. Wer wird wo mit welchem disziplinären Zuschnitt die Promotion oder die Habilitation (bzw. den dafür vorgesehenen Ersatz) erlangen?

Leichter abzuschätzen sind die Konsequenzen auf der sozialen Ebene des Wissenschaftsbetriebs. Besonders interessant wird zu beobachten sein, welche Folgen der Veränderungsprozess für die bisherige institutionelle Landschaft der Disziplin – also die übergreifenden Fachzeitschriften, die Fachvereinigung, die DFG-Gutachterwahl oder den DVPW-Kongress – haben wird. Wenn ‚Politikwissenschaft‘ nicht mehr als eine vereinheitlichende Klammer fungiert, ist zu erwarten, dass die Fachinstitutionen darauf mit einer Doppelbewegung von Spezialisierung und Internationalisierung/Europäisierung zu reagieren versuchen.

Bei Fachzeitschriften und Kongressen ist dieser Trend bereits seit einigen Jahren zu beobachten und er wird sich aufgrund der europäischen Förderpolitik zukünftig noch verstärken. Die Fachverlage können auf diese Entwicklung noch am flexibelsten reagieren, indem sie neue Reihen eröffnen. Schwieriger wird es für Fachzeitschriften, die einen übergreifenden Anspruch haben. Die PVS wird – selbst wenn sie zukünftig englischsprachig publiziert würde – wohl nur dann längerfristig ihren gehobenen Platz in der Zeitschriftenlandschaft verteidigen können, wenn sie Teilsegmente des Faches ausblendet und andere stärkt. Parallel dazu werden sich diese Segmente in europäischen Journals organisieren (zum Beispiel den beiden Neugründungen im Theoriebereich ‚European Journal for Political Theory‘ und ‚Contemporary Political Theory‘) und sich auf diese Weise weiter vom Fach abgekoppelt platzieren.

Neu definiert würde sicher auch die Rolle der DVPW; ihre Zukunft bestünde möglicherweise weniger in ihrem bisherigen Charakter einer wissenschaftlichen Fachvereinigung als in einer Art Dienstleistungsagentur und sie müsste ähnlich wie die APSA (American Political Science Association) eine Reihe handfester Serviceleistungen bieten (z.B. Stellenmarkt, Fachbuchmesse, Akkreditierungen), um längerfristig neue Mitglieder zu gewinnen. Mancur Olson behauptet in seiner politischen Ökonomie von Interessengruppen, dass zu Dienstleistungsagenturen mutierte Interessenverbän-

de auch dann noch zählebig agil sein können, wenn ihre ursprüngliche soziale Basis längst ausgestorben ist. Sollte es nicht gelingen, zusammen mit anderen nationalen Vereinigungen ein gesamteuropäisches Pendant zur APSA zu etablieren, wären die möglichen Dienstleistungen, die eine Fachvereinigung ohne Fach auf dem kleinen deutschen Markt erbringen könnte, nicht attraktiv genug, um sie allzu lange am Leben zu erhalten.

Für den Fall, dass diese skeptische Prognose zutrifft, sollte dem letzten Mitglied der DVPW in 25 Jahren schon heute der Auftrag erteilt werden, nicht einfach das Licht auszumachen und die Bürotür leise zu schließen, sondern zuvor alle wissenschaftshistorisch bedeutsamen Akten zu sichern, in denen der Beitrag zur Politik und zur Politischen Kultur der Bundesrepublik, den die Politikwissenschaft in den Jahren ihrer universitären Existenz geleistet hat, dokumentiert sind.

Literatur:

- Arendes, Cord/Buchstein, Hubertus* 2004: Politikwissenschaft als Universitätsdisziplin in Deutschland. In: PVS (45), 1-23.
- Bleek, Wilhelm*, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München.
- Bönker, Frank*, 2002: Generationswechsel und wissenschaftlicher Wandel in Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre Ende der 60er Jahre und heute. In: Ursula *Bredel/Nicole Hoffmann* (Hrsg.), *Almas Kinder – Generationswechsel in der Wissenschaft?* Frankfurt am Main u.a. 2002, 61-71.
- Busse, Nikolas*, 2003: Nachrevolutionär. Die deutsche Politikwissenschaft ist mit der Zeit gegangen – nicht ohne Erfolg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.10.2003.
- DVPW*, 2001: Gestufte Studiengänge in der Politikwissenschaft. Empfehlungen von Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Düsseldorf. <http://www.dvpw.de/data/doc/BA-MA.pdf> [5.2.2004].
- DVPW*, 2003: Gestufte Studiengänge in der Politikwissenschaft. Empfehlungen zu einem Kerncurriculum von Vorstand und Beirat der DVPW. <http://www.dvpw.de/data/doc/Kerncurriculum.pdf> [5.2.2004].
- Ebel-Gabriel, Christiane*, 2002: Defizit Didaktik. Bildungsforschung muß Sache der Hochschulen werden. In: *Süddeutsche Zeitung* (29.1.2002, V2/14).
- Harmsen, Thorsten*, 2002: Klein, fein, aber oft überschätzt – Zum ersten Mal gibt es einen direkten Vergleich der sechzehn Privat-Hochschulen in Deutschland. In: *Berliner Zeitung* (20.3.2002, 18).



Frühjahr 2004
Nr. 130



Frühjahr 2004
Nr. 130

Initiativgruppe Politische Bildung, 1995: „Darmstädter Appell“ – Aufruf zur Reform der „Politischen Bildung in der Schule“. In: DVPW-Rundbrief Nr. 113, Herbst 1995, 81-88.

Lincke, Hans-Joachim/Paetschek, Sylvia 2003: Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fach Geschichte. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2002. München, 45-56.

Wirth, Angelika, 2001: Entspannung in Sicht. Die Entwicklung des Stellenmarktes für Hochschullehrer von 1993 bis 1999. In: Forschung & Lehre (8), 480-482.

Anmerkung der Redaktion:

Die in diesem Artikel aufgeführten Thesen würden wir gern mit Ihnen diskutieren und zudem Ihre Meinung zur Lage der Politikwissenschaft in Deutschland erfahren. Hierzu steht auf den mitgliederinternen Seiten der DVPW-Homepage das Diskussionsforum zur Verfügung.

D V

P W



Frühjahr 2004
Nr. 130